Pressemitteilung, 06.05.2009, Gütersloh: Bürger halten Demokratie für beste Staatsform

Die Menschen in Deutschland halten die Demokratie für die beste aller Staatsformen. Das gilt für Einheimische, Menschen mit Migrationshintergrund und in Deutschland lebende Ausländer gleichermaßen, ergab eine repräsentative Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Skeptischer äußerten sich die Befragten allerdings über das Funktionieren der Demokratie in Deutschland. 45 Prozent – in Ostdeutschland sogar 58 Prozent – sehen dies eher kritisch. Besonders unzufrieden sind Menschen mit Migrationshintergrund und Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss.

- Teilen
- Drucken

- PDF

Ansprechpartner

-

Ulrich Kober

Dabei nimmt bei den zugewanderten Menschen die Unzufriedenheit zu, je länger sie in Deutschland leben. Zuwanderer, die ein Drittel ihres Lebens in Deutschland verbracht haben, sind noch zu 76 Prozent mit dem Funktionieren der deutschen Demokratie eher zufrieden, während es nur noch 48 Prozent bei denen sind, die mehr als zwei Drittel ihrer Lebensjahre in Deutschland verbracht haben.

Von den Befragten unter 34 Jahren mit Hauptschulabschluss ist rund die die Hälfte (53,2 Prozent) eher zufrieden mit der Demokratie in Deutschland, bei Menschen dieser Altersgruppe mit Hochschulreife sind es hingegen 71 Prozent. Auch die Akzeptanz der Demokratie als Staatsform ist bei jungen Hauptschulabsolventen mit 70 Prozent deutlich geringer als bei denen mit Hochschulreife (90 Prozent).

"Teilhabe und Bildung sind offenkundig der Schlüssel für die Akzeptanz der Demokratie", analysiert Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung. Die Zahlen seien alarmierend: "Es ist Aufgabe der Politik, allen hier lebenden Menschen gleiche Chancen auf gute Bildung zu bieten und ihnen demokratische Beteiligung zu ermöglichen."

Zu den Möglichkeiten, in Deutschland lebende Ausländer stärker am demokratischen Geschehen zu beteiligen, zählen kommunales Ausländerwahlrecht für Nicht-EU-Bürger und Duldung von Doppel-Staatsbürgerschaften. Diese Instrumente sind aber in der Bevölkerung umstritten. Das kommunale Ausländerwahlrecht wird von fast der Hälfte (47 Prozent) der Zuwanderer befürwortet, während nur 31 Prozent der Einheimischen dafür ist. Größere Akzeptanz findet die doppelte

Staatsbürgerschaft. Insgesamt 38 Prozent der Befragten befürworten sie (53 Prozent der Zugewanderten und 35 Prozent der Einheimischen). Von den unter 24-Jährigen sprachen sich allerdings bereits insgesamt 52 Prozent für die Möglichkeit von Doppel-Staatsbürgerschaften aus.

Ein uneinheitliches Bild ergab die Frage nach Eingliederungshilfen für in Deutschland lebende Ausländer. 22 Prozent waren der Meinung, für die Eingliederung der Ausländer in Deutschland werde "zu viel" getan. 32 Prozent vertraten die Ansicht, es werde "zu wenig" Hilfe bei der Integration geleistet. Von den befragten Zuwanderern forderten 38 Prozent mehr Unterstützung. Zugleich sprachen sich 78 Prozent der Einheimischen und 68 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund dafür aus, dass Ausländer selbst mehr für ihre Integration leisten sollen.

Die repräsentative Umfrage der Bertelsmann Stiftung wurde im Kontext der Studie "Demokratie und Integration in Deutschland – Politische Partizipation und politische Führung aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund" von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Insgesamt wurden in der Zeit vom 17.11. bis zum 02.12.2008 rund 2.000 Menschen befragt.

Weitere Informationen und Details der Umfrage zum Download finden Sie in der Spalte rechts neben diesem Text.

Downloads

- Hintergrund-informationen zur Studie Demokratie und Integration in Deutschland (387 KB)